



Stellungnahme

des Landeselternbeirats der Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein (LEB GS & FöZ)

zur schriftlichen Anhörung des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags

zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 20/3756)

1. Einleitung

Der Landeselternbeirat der Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Bildungsausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 20/3756) Stellung zu nehmen.

Der LEB GS & FöZ vertritt die Interessen der Eltern von Schülerinnen und Schülern an Grundschulen und Förderzentren im Land Schleswig-Holstein. Ziel dieser Stellungnahme ist es, die Elternperspektive in die Beratungen einzubringen und insbesondere die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die pädagogische Qualität, die Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder sowie die Arbeitsbedingungen an Schulen kritisch zu beleuchten.

2. Direkteinstieg ins Lehramt

Der Direkteinstieg in das Lehramt kann kurzfristig einen Beitrag zur Entlastung der angespannten Personalsituation leisten, insbesondere an Grundschulen. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger können durch ihre beruflichen Vorerfahrungen wertvolle Impulse in den Schulalltag einbringen und helfen, Unterrichtsausfall zu vermeiden.

Gleichzeitig sieht der LEB GS & FöZ erhebliche Risiken für die pädagogische Qualität. Ein Bachelorabschluss allein kann ein vollwertiges Lehramtsstudium nicht ersetzen. Kinder dürfen nicht faktisch Teil eines Ausbildungsexperiments werden. Die Sicherung einheitlicher pädagogischer und didaktischer Qualitätsstandards muss unabhängig vom jeweiligen Ausbildungsweg oberste Priorität haben.

Gerade in der Grundschule werden grundlegende Lern-, Sozial- und Beziehungskompetenzen gelegt. Lehrkräfte tragen hier eine besondere Verantwortung für die soziale, emotionale und persönliche Entwicklung der Kinder. Diese Kompetenzen

sind zentraler Bestandteil einer fundierten pädagogischen Ausbildung und können nicht nachträglich kompensiert werden.

Der Direkteinstieg kann daher nur als **ergänzende und zeitlich begrenzte Maßnahme** betrachtet werden. Ohne verbindliche Qualitätsstandards lehnt der LEB GS & FöZ eine Ausweitung des Direkteinstiegs ab.

Der LEB GS & FöZ fordert daher verbindlich:

- gesetzlich festgelegte, landesweit einheitliche Qualitätsstandards für den Direkteinstieg,
- eine verpflichtende, strukturierte Begleitung durch erfahrene Lehrkräfte mit festem Stundenkontingent,
- verbindliche Praxisphasen vor der Übernahme eigenverantwortlichen Unterrichts,
- klar geregelte und transparente Übergänge in das reguläre Lehramt,
- eine regelmäßige und unabhängige Evaluation der Unterrichtsqualität im Direkteinstieg.

3. Pädagogische Kompetenz als unverzichtbare Grundlage

Pädagogische Kompetenz ist die Grundvoraussetzung professioneller Arbeit mit Kindern. Lehrkräfte benötigen fundierte Kenntnisse in Entwicklungspsychologie, kindgerechter Didaktik, Sprachförderung, Diagnostik von Lernständen sowie in der Förderung der sozial-emotionalen Entwicklung.

Ebenso unverzichtbar sind eine professionelle Klassenführung, konstruktive Konfliktlösung, wertschätzende Kommunikation, tragfähige Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern sowie eine reflektierte pädagogische Haltung und professionelle Elternarbeit.

Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger dürfen nicht allein gelassen werden. Erforderlich sind feste Mentorinnen und Mentoren, regelmäßige Hospitationen, strukturierte Reflexionsgespräche, klare Qualitätskriterien für Unterricht sowie begleitete Praxisphasen mit definierten Lernzielen.

Der LEB GS & FöZ fordert:

- verbindliche Begleit- und Mentoringstrukturen,
- festgelegte pädagogische Mindeststandards,
- ausreichend zeitliche Ressourcen für Anleitung und Reflexion,
- klare Verantwortlichkeiten und Qualitätssicherung.

4. Sonderpädagogik und Förderzentren

Förderzentren tragen eine besondere Verantwortung für Kinder mit komplexen Unterstützungsbedarfen. Bereits heute erleben viele Eltern, dass notwendige Förderbedarfe nicht ausreichend gedeckt werden können und Förderzentren an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen.

Die Fortführung des dualen Masterstudiengangs Sonderpädagogik ist ein wichtiger Schritt zur Fachkräftegewinnung, reicht jedoch nicht aus. Ohne zusätzliche personelle und strukturelle Ressourcen besteht die reale Gefahr, dass Förderzentren ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können.

Der LEB GS & FöZ fordert daher:

- einen deutlichen Ausbau der Studien- und Ausbildungsplätze in der Sonderpädagogik,
- eine stärkere Praxisanbindung in Studium und Ausbildung,
- verbindliche Qualitätsstandards,
- zusätzliche sonderpädagogische Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte,
- verlässliche Vertretungsstrukturen,
- multiprofessionelle Teams mit ausreichendem Gestaltungsspielraum,
- eine auskömmliche personelle und zeitliche Ressourcenausstattung.

Inklusion ist schulischer Alltag und kann nur mit ausreichenden Ressourcen gelingen. Eltern erwarten Verlässlichkeit, qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, transparente Förderplanung und echte Teilhabe ihrer Kinder – keine kurzfristigen Notlösungen.

5. Besoldung und Attraktivität des Lehrerberufs

Bei der Besoldung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ist eine ausgewogene Gestaltung erforderlich. Einerseits muss die besondere Qualifikation regulär ausgebildeter Lehrkräfte anerkannt werden, andererseits ist eine angemessene Vergütung notwendig, um qualifizierte Fachkräfte im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft zu gewinnen.

Ziel muss sein, den Quereinstieg als Ergänzung auszugestalten, ohne den Stellenwert der regulären Lehrkräfteausbildung zu gefährden oder die Attraktivität des Lehrerberufs insgesamt zu mindern.

6. Fortbildungspflichten

Regelmäßige Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ist zwingend erforderlich, um auf gesellschaftliche, pädagogische und technische Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Fortbildung darf nicht auf Freiwilligkeit beruhen, sondern muss verbindlich, praxisnah und bedarfsorientiert gestaltet sein.

Der LEB GS & FöZ fordert:

- verbindliche Fortbildungsformate insbesondere zu Inklusion, digitaler Bildung und individueller Förderung,
- eine transparente Dokumentation der Fortbildungsinhalte,
- eine Ausrichtung an konkreten schulischen Bedarfen,
- eine stärkere Einbindung der Elternvertretungen bei der Themenwahl.

7. Gesamtbewertung und Ausblick

Der Landeselternbeirat begrüßt die Bemühungen der Landesregierung, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass kurzfristige Maßnahmen nicht zu Lasten der pädagogischen Qualität gehen dürfen.

Kinder brauchen gut ausgebildete, reflektierte und verlässliche Lehrkräfte – unabhängig vom jeweiligen Ausbildungsweg. Bildungsgerechtigkeit, Qualität und Verlässlichkeit sind nicht verhandelbar.

Der LEB GS & FöZ erwartet, dass der vorliegende Gesetzentwurf entsprechend nachgeschärft wird und die genannten Qualitätsanforderungen verbindlich berücksichtigt werden.